

Staatliches BSZ Alfons Goppel Schweinfurt
Schulleitung Herrn OStD Roland Endres
Geschwister-Scholl-Str. 28-32
97424 Schweinfurt

**Antrag auf Gewährung von Nachteilsausgleich bzw. Notenschutz
wegen einer Lese-Rechtschreib-Störung**

für: geboren am:
Name, Vorname

Die/Der oben genannte Schülerin/Schüler* besucht derzeit/ab dem kommenden Schuljahr*
die Klasse.....

BFS = Berufsfachschule BS = Berufsschule

- | | | |
|---|--|--|
| <input type="radio"/> BFS Ernährung und Versorgung | <input type="radio"/> BFS Kinderpflege | <input type="radio"/> BFS Sozialpflege |
| <input type="radio"/> BS Landwirtschaft/Gartenbau | <input type="radio"/> BVJ-k (Berufsvorbereitungsjahr) | <input type="radio"/> BFS Pflege |
| <input type="radio"/> BS Körperpflege (Friseurhandwerk) | <input type="radio"/> BS Nahrung Bäckerhandwerk, Bäckereifachverkauf | <input type="radio"/> BS Textil |

Ich/Wir beantrage/n* aufgrund einer Lese-Rechtschreib-Störung, die in einer schulpsychologischen Stellungnahme festgestellt wurde, gemäß Art. 52 (5) BayEUG und § 33, § 34, § 36 BaySchO

Bitte ankreuzen:

- ☐ **Nachteilsausgleich**
= **Verlängerung der Arbeitszeit** bei schriftlichen und praktischen Leistungsnachweisen (keine Zeugnisbemerkung)
- ☐ **Notenschutz**
= **Verzicht auf Bewertung der Rechtschreibleistung** in allen Fächern und ggf. stärkere Gewichtung der mdl. Leistung im Fach Englisch (mit Zeugnisbemerkung)

Mir/Uns* ist bewusst, dass Maßnahmen des Notenschutzes (auch bei nur zeitweiser Inanspruchnahme) im Zeugnis aufgeführt werden. Für aus Vorklassen übernommene Zeugnisnoten, für die Notenschutz gewährt wurde, wird dieser auch im Abschluss- bzw. Entlasszeugnis vermerkt.

Es besteht die Möglichkeit mit einem schriftlichen Antrag auf bereits gewährte Maßnahmen zum Nachteilsausgleich oder Notenschutz zu verzichten. Ein Verzicht auf Notenschutz ist spätestens innerhalb der ersten Woche nach Unterrichtsbeginn zu erklären.

Die schulpsychologische Stellungnahme vom liegt in
Kopie bei. Datum

Das fachärztliche Attest vom liegt in Kopie bei.
Datum

.....
Unterschrift: volljährige Schülerin/volljähriger Schüler* bzw. Erziehungsberechtigte/Erziehungsberechtigter*

geprüft von der Beratungslehrkraft:

* nicht Zutreffendes bitte streichen

BayScho § 33 Nachteilsausgleich

(1) ¹Nachteilsausgleich im Sinne des Art. 52 Abs. 5 Satz 1 BayEUG muss die für alle Prüflinge geltenden wesentlichen Leistungsanforderungen wahren, die sich aus den allgemeinen Lernzielen und zu erwerbenden Kompetenzen der jeweils besuchten Schulart und Jahrgangsstufe ergeben, und ist auf die Leistungsfeststellung begrenzt. ²An beruflichen Schulen kann ein Nachteilsausgleich nicht gewährt werden, soweit ein Leistungsnachweis in einem sachlichen Zusammenhang mit der durch die Prüfung zu ermittelnden Eignung für einen bestimmten Beruf oder eine bestimmte Ausbildung steht.

(2) ¹Nachteilsausgleich kann nur Schülerinnen oder Schülern gewährt werden, die nach den lehrplanmäßigen Anforderungen einer allgemein bildenden oder beruflichen Schule unterrichtet werden. ²Bei nicht dauernd vorliegenden Beeinträchtigungen, insbesondere vorübergehender Krankheit, sind Schülerinnen und Schüler regelmäßig auf einen Nachtermin zu verweisen.

(3) ¹Zulässig ist es insbesondere

1. die Arbeitszeit um bis zu ein Viertel, in Ausnahmefällen bis zur Hälfte der normalen Arbeitszeit zu verlängern,
2. methodisch-didaktische Hilfen einschließlich Strukturierungshilfen einzusetzen, einzelne schriftliche Aufgabenstellungen zusätzlich vorzulesen und die Aufgaben differenziert zu stellen und zu gestalten,
3. einzelne mündliche durch schriftliche Leistungsfeststellungen und umgekehrt zu ersetzen, mündliche Prüfungsteile durch schriftliche Ausarbeitungen zu ergänzen sowie mündliche und schriftliche Arbeitsformen individuell zu gewichten, sofern keine bestimmte Form der Leistungserhebung und Gewichtung in den Schulordnungen vorgegeben ist,
4. praktische Leistungsnachweise entsprechend der Beeinträchtigung auszuwählen,
5. spezielle Arbeitsmittel zuzulassen,
6. Leistungsnachweise und Prüfungen in gesonderten Räumen abzuhalten,
7. zusätzliche Pausen zu gewähren,
8. größere Exaktheitstoleranz, beispielsweise in Geometrie, beim Schriftbild oder in zeichnerischen Aufgabenstellungen, zu gewähren,
9. in Fällen besonders schwerer Beeinträchtigung eine Schreibkraft zuzulassen sowie
10. bestimmte Formen der Unterstützung, die der Schülerin oder dem Schüler durch eine Begleitperson gewährt werden, zuzulassen.

²In den Fällen der Nrn. 9 und 10 gilt eine inhaltliche Unterstützung als Unterschleif.

(4) ¹Vor allem in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung kann entsprechend den gesetzlichen Vorgaben darauf verzichtet werden, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach den allgemeinen Leistungsanforderungen mit Ziffernnoten zu bewerten, wenn dies eine Überforderung vermeiden kann. ²Stattdessen wird das individuelle Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler verbal umschrieben. ³Diese Maßnahme ist kein Nachteilsausgleich. ⁴Schulartspezifische Voraussetzungen für die Schulaufnahme oder für das Erreichen eines allgemein gültigen Schulabschlusses können mit der verbalen individuellen Leistungsbeschreibung nicht erreicht werden.

§ 34 Notenschutz

(1) ¹Notenschutz wird ausschließlich bei den in den Abs. 2 bis 7 genannten Beeinträchtigungen und Formen und nur unter den weiteren Voraussetzungen des Art. 52 Abs. 5 Satz 2 bis 4 BayEUG gewährt. ²Er erstreckt sich auf die Bewertung von einzelnen Leistungsnachweisen, die Bildung von Noten in Zeugnissen, die Bewertung der Leistungen in Abschlussprüfungen und die Festsetzung der Gesamtnote. ³§ 33 Abs. 2 und 4 gilt entsprechend.

(2) Bei körperlich-motorischer Beeinträchtigung ist es zulässig,

1. in allen Fächern auf Prüfungsteile, die auf Grund der Beeinträchtigung nicht erbracht werden können, und
2. an beruflichen Schulen auf die Bewertung der Anschlag- und Schreibgeschwindigkeit zu verzichten.

(3) Bei Mutismus und vergleichbarer Sprachbehinderung sowie Autismus mit kommunikativer Sprachstörung ist es zulässig, in allen Fächern auf mündliche Leistungen oder Prüfungsteile, die ein Sprechen voraussetzen, zu verzichten.

(4) ¹Bei Hörschädigung ist es zulässig,

1. auf mündliche Präsentationen zu verzichten oder diese geringer zu gewichten,
2. auf die Bewertung des Diktats sowie der Rechtschreibung und der Grammatik zu verzichten, soweit sie bei Leistungsnachweisen Bewertungsgegenstand sind,
3. bei Fremdsprachen auf Prüfungen zum Hörverstehen und zur Sprechfertigkeit zu verzichten und
4. in musischen Fächern auf Prüfungsteile, die ein Hören voraussetzen, zu verzichten.

²Sofern Lehrkräfte mit Gebärdensprachkompetenz oder Gebärdensprachdolmetscher einbezogen sind, ist es außerdem zulässig,

1. dass sie bei schriftlichen Arbeiten Aufgabentexte gebärden und
2. dass die Betroffenen vollständig oder überwiegend mündlichen Beitrag durch Gebärdensprache erbringen.

³Abs. 3 bleibt unberührt.

(5) Bei Blindheit oder sonstiger Sehschädigung ist es zulässig, in allen Fächern auf Prüfungsteile, die ein Sehen voraussetzen, zu verzichten.

(6) Bei Lesestörung ist es zulässig, in den Fächern Deutsch, Deutsch als Zweitsprache und in Fremdsprachen auf die Bewertung des Vorlesens zu verzichten.

(7) Bei Rechtschreibstörung ist es zulässig, auf die Bewertung der Rechtschreibleistung zu verzichten.

Beiblatt zum Antrag bei Lese-Rechtschreib-Störung

Bitte dieses Beiblatt und alle Dokumente in einem Umschlag bei der Beratungslehrerin Frau **Viktoria Horn** abgeben und an die Schulpsychologin Frau **Veronika Lutz** weiterleiten lassen.

Bitte folgende Unterlagen beilegen (Kopien):

- ✓ **neuste schulpsychologische Stellungnahme der zuletzt besuchten Schule**
- ✓ **fachärztliches Gutachten**
- ✓ **Zeugnis aus Jahrgangsstufe 3 oder 4**
- ✓ **Abschlusszeugnis der allgemeinbildenden Schule**
- ✓ **letztes Zeugnis der derzeitig besuchten Schule**
- ✓ **ca. 1-2 Seiten selbstverfasster Text/Aufsatz – nicht verbessert**
(z. B. „Mein heutiger Arbeitstag“, „Warum habe ich meinen Ausbildungsberuf gewählt“ oder ...)

Nur vollständige Anträge werden bearbeitet!

1. Angaben zur/m Schüler/in

Familienname _____ Vorname _____ geboren am _____

Straße _____ Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Telefonnummer: _____ E-Mail: _____

Schule: _____ Klasse: _____

Ausbildungsberuf: _____ Schultage: _____

2. Angaben zu den Erziehungsberechtigten*

Familienname _____ Vorname _____

Straße _____ Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Telefonnummer: _____ E-Mail: _____

*Anschrift angeben falls von der Anschrift der Schülerin/des Schülers abweichend.

3. Angaben zur Lese-Rechtschreib-Störung

Welche Diagnose liegt bereits vor: ☐ Lese-Rechtschreib-Störung

☐ Lesestörung

☐ Rechtschreibstörung

☐ weitere: _____

Wann wurde die Diagnose erstmals gestellt? _____

Gibt es weitere fachärztliche Diagnosen? _____

Liegt eine Seh- und/oder Hörbeeinträchtigung vor? ☐ ja ☐ nein

... wenn ja, wurde diese fachärztlich untersucht und behandelt? ☐ ja ☐ nein

Welche Maßnahmen (Nachteilsausgleich/Notenschutz) wurden bisher in der Schule gewährt?

Überblick über die bisherige schulische Laufbahn: _____

4. Einverständniserklärung*

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass mein/unser Sohn, meine/unsere Tochter

_____, geb. am _____
Familiename, Vorname

im Rahmen einer Diagnostik und Beratung bei Verdacht auf Lese-Rechtschreib-Störung mit einem standardisierten Intelligenzverfahren getestet wird.

Ort, Datum

Unterschrift

*Von Erziehungsberechtigten minderjähriger Schüler auszufüllen